



Witzenhäuser Positionspapier zum Mehrwert Sozialer Landwirtschaft

Forderungen zur Förderung der Sozialen Landwirtschaft in Deutschland an Entscheidungsträger in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit

Erarbeitet von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern
der Tagung „Der Mehrwert Sozialer Landwirtschaft“
vom 26. bis 28. Oktober 2007 in Witzenhausen¹

Hintergrund

Soziale Landwirtschaft ist eine Perspektive multifunktional verstandener Landwirtschaft: Hauptprodukte sind neben den Verkaufsfrüchten auch Gesundheit und Beschäftigung, Bildung oder Therapie. Der Landbau bietet Möglichkeiten, Menschen an den vielfältigen Tages- und Jahresrhythmen, in Gartenarbeit oder der Arbeit mit landwirtschaftlichen Nutztieren teilhaben zu lassen. Soziale Landwirtschaft umfasst landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien, die Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen integrieren, Höfe, die eine Perspektive bieten für sozial schwache Menschen, für straffällige oder lernschwache Jugendliche, Drogenkranke, Langzeitarbeitslose und aktive Senioren, Schul- und Kindergartenbauernhöfe und viele andere mehr. Vorsorge, Inklusion und mehr Lebensqualität sind Aspekte Sozialer Landwirtschaft.

Europaweit keimen Initiativen für eine Soziale Landwirtschaft. Landwirtschaftsbetriebe werden zunehmend zu Trägern von Aufgaben im ländlichen Raum, schaffen Arbeit und Beschäftigung für sozial Benachteiligte und Menschen mit Behinderung und übernehmen Bildungsaufgaben. In Ländern wie Italien, Norwegen, Belgien und den Niederlanden sind die einzelnen Initiativen dank politischer und finanzieller Förderung längst zu Bewegungen angewachsen. Die Entwicklung Sozialer Landwirtschaft in Deutschland hinkt der Entwicklung in Europa hinterher. So wächst in den Niederlanden und in Belgien die Anzahl an *Care Farms* rapide. Sie integrieren Menschen mit Behinderung und werden dabei von zentralen Koordinationsstellen betreut. In Italien bieten landwirtschaftliche Kooperativen sozial benachteiligten Menschen in strukturschwachen Gebieten neue Arbeitsplätze. Und in Skandinavien erschließen Familienbetriebe neue Einkommensquellen durch soziale Dienstleistungen.

In Deutschland ist von der europäischen Aufbruchstimmung wenig zu spüren. Landwirte und Menschen mit Hilfebedarf und deren Eltern, die selbst initiativ werden wollen, aber auch Therapeuten und Sozialarbeiter, die geeignete Höfe für ihre Klienten suchen: Sie alle sehen sich einem kaum durchschaubaren Dschungel an Gesetzen und Zuständigkeiten verschiedener Ansprechpartner, Kostenträger und Ministerien gegenüber, die sich zudem von Bundesland zu Bundesland unterscheiden. Schulbauernhöfe in freier Trägerschaft kämpfen um das wirtschaftliche Überleben, weil sie als außerschulische Erfahrungs- und Lernorte, die Kindern ein neues Verhältnis zu Tieren, Pflanzen und zur Ernährung eröffnen, kaum anerkannt sind. Mediziner und Therapeuten finden oftmals keine Adressen von geeigneten Höfen, die manchem Patienten neue Perspektiven eröffnen könnten. Und Höfe, die von hilfebedürftigen Personen oder deren Angehörigen angefragt werden, sind den Anforderungen selten gewachsen, weil dort für fachgerechte Betreuung die unterstützenden Strukturen fehlen. Es mangelt an Beratung, fachlicher Begleitung, an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Strukturen und Förderinstrumenten, die die Entwicklung Sozialer Landwirtschaft fördern könnten.

Die **Zukunft Sozialer Landwirtschaft in Deutschland** braucht Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören:

1. Anerkennung des Mehrwerts Sozialer Landwirtschaft für die Gesellschaft

Der durch Soziale Landwirtschaft für die Gesellschaft geschaffene Mehrwert muss anerkannt und gezielt gefördert werden. Die Vielfalt sozialer und kultureller Leistungen und die soziale Arbeit für Mensch und Natur brauchen öffentliche Unterstützung, um die Aktivitäten und Handlungsfelder in der Sozialen Landwirtschaft zu erhalten und auszubauen. Insbesondere die integrativen und pädagogischen Leistungen, aber auch die gesundheitliche Vorsorge und therapeutische Wirkung Sozialer Landwirtschaft (durch sinnvolle Arbeit und Therapie, verantwortungsvollen Umgang mit Naturressourcen, nachhaltige Ernährungsbildung) müssen anerkannt, gefördert und weiter erforscht werden. Als ein zusätzliches Argument erscheint die durch Gesunderhaltung und Prävention von den Krankenkassen und dem Gesundheitssektor mögliche Kosteneinsparung.

2. Schaffung von Transparenz in gesetzlichen Rahmenbedingungen

Die aufgrund der föderalen Struktur, aber auch der Zuständigkeiten unterschiedlicher Ministerien für alle Nutzergruppen und Anbieter schwer durchschaubare Vielfalt an Gesetzen, Zuständigkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten muss transparenter und für landwirtschaftliche Betriebe zugänglich gemacht werden. Zusätzlich brauchen insbesondere Randgruppen, die in keine medizinische Diagnose passen oder durch das Netz der sozialen Absicherung fallen, wie z.B. schulumüde Jugendliche, *Burn Out* Patienten, Obdachlose, Asylanten oder Aussiedler, einen gesetzlichen Rahmen, der ihnen die Teilhabe in Sozialer Landwirtschaft ermöglicht.

3. Förderung von Kommunikation und Erfahrungsaustausch

Die bisher sehr eingeschränkten Möglichkeiten zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch zwischen den Initiativen müssen verbessert werden. Pionierprojekte mit individueller Geschichte und Entwicklung, die oftmals nichts voneinander wissen, müssen vernetzt werden, und die Zusammenarbeit bestehender Netzwerke muss gefördert werden. Durch gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen, Internetpräsenz und politische Interessenvertretung können Initiativen der Sozialen Landwirtschaft unterstützt und neue Finanzierungsquellen erschlossen werden.

4. Einrichtung einer zentralen Vernetzung und Beratung mit Koordinationsaufgaben

Die Soziale Landwirtschaft braucht Ansprechpartner. Die Schaffung einer zentralen Vernetzung und Beratung, die sich auch im Rahmen der vorhandenen Beratungsangebote einrichten ließe, wäre ein erster Schritt, die fehlende Transparenz der Struktur von Gesetzen und Zuständigkeiten, Trägern, Netzwerken, Finanzierungen und Initiativen zu überwinden. Diese Koordination würde nicht nur Angebot und Nachfrage nach sozialen Leistungen auf Höfen zusammenbringen, sondern auch zu Fortbildungs- und Finanzierungsmöglichkeiten kompetent beraten und damit helfen, gute Konzepte langfristig zu entwickeln und durchzusetzen. Interessenvertretung und Information der Öffentlichkeit wären weitere Aufgabenfelder dieser Institution.

5. Förderung von Aus- und Weiterbildungsangeboten, Betreuung und Coaching

Die Aus- und Weiterbildung in der Sozialen Landwirtschaft muss durch Unterstützung bestehender und Einrichtung neuer Bildungsinitiativen gefördert werden. Das Berufsbild vereint Fähigkeiten und Qualifikationen verschiedener Fachrichtungen und ergänzt das traditionelle Berufsbild des Landwirtes. Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung sichern, verbessern und entwickeln die Qualität der sozialen und landwirtschaftlichen Leistungen auf Höfen.

6. Unterstützung interdisziplinärer Forschung zur Sozialen Landwirtschaft

Soziale Landwirtschaft braucht Unterstützung durch Forschung in den Bereichen Therapie und Medizin, Soziale Arbeit, Landwirtschaft und Pädagogik, die im konkreten Leben und Arbeiten auf dem Hof nicht voneinander trennbar sind. Das Erfahrungswissen über die Wirksamkeit der Integration von Menschen in Tages- und Jahreszeitenrhythmen auf dem Hof und die gemeinschaftliche Arbeit in der Landwirtschaft müssen dokumentiert und für die Weiterentwicklung Sozialer Land-

wirtschaft genutzt werden. Die durch viele helfende Hände auf sozialen Höfen mögliche Arbeit in der Pflege von Natur und Kulturlandschaft muss unterstützt werden. Interdisziplinäre Forschung, die Erfahrungswissen verfügbar macht und die partizipativ Akteure aus der Praxis, der Nutzergruppen und der Verwaltung einbezieht und begleitet, kann innovative Ideen und Engagement in der Sozialen Landwirtschaft fördern. Die wissenschaftliche Begleitung von Pilotprojekten kann dabei helfen, Betriebe, Betriebskooperationen bis hin zu ganzen Modellregionen zu Vorbildern zu entwickeln.

7. Förderung der europäischen Zusammenarbeit

Die durch das Projekt SoFar (Soziale Landwirtschaft – Soziale Leistungen multifunktionaler Höfe, www.sofar-d.de/), die COST-Action *Green Care in Agriculture* (www.umb.no/greencare) und die internationale Arbeitsgemeinschaft *Farming for Health* (www.farmingforhealth.org/) begonnene Zusammenarbeit auf europäischer Ebene muss gefördert und ausgebaut werden. Durch Austausch von Ideen, praktischen Lösungen und Forschungsprojekten sollen Praktiker und Wissenschaftler in ganz Europa voneinander lernen und innovative Konzepte und Lösungen für die Praxis nutzbar machen.

Ausblick

Schon heute erbringen soziale Landwirtschaftsbetriebe auf vielen Ebenen einen Mehrwert für die Gesellschaft im Sinne multifunktionaler Landwirtschaft. Die in dem Positionspapier geforderten Maßnahmen zur Unterstützung Sozialer Landwirtschaft fordern Politiker, Ministerien, Wissenschaftler, Verbraucher und die breite Öffentlichkeit auf, diese Leistungen wahrzunehmen, anzuerkennen, zu erhalten und zu fördern. Soziale Landwirtschaft erschließt das soziale, kulturelle, pädagogische und therapeutische Potential der Landbewirtschaftung.

Soziale Landwirtschaft möchten wir nicht nur als eine weitere Spezialisierungsmöglichkeit für landwirtschaftliche Betriebe verstehen, sondern darüber hinaus als möglichen Baustein für eine sozialere Zukunft. Soziale Landwirtschaftsbetriebe in überschaubaren Strukturen bieten Perspektiven für die individuelle Entwicklung von Menschen mit Hilfebedarf, einen nachhaltigen Umgang mit der bewirtschafteten Natur und für die Belebung ländlicher Räume. Indem sich viele Einzelne verbinden und soziale Werte entwickeln, entstehen im Kleinen Alternativen zu fortschreitender Rationalisierung, Konkurrenz und Preiskampf. Der Mehrwert Sozialer Landwirtschaft eröffnet Aussichten auf einen möglichen Paradigmenwechsel.

Redaktion und Kontaktadresse:

Dr. Thomas van Elsen/ Marie Kalisch, FiBL Deutschland e.V., Nordbahnhofstraße 1a, 37213 Witzenhausen, Thomas.vanElsen@fibl.org, www.sofar-d.de/

¹ Folgende Personen haben im Anschluss an die Tagung an der Erstellung des Positionspapiers mitgewirkt und sind Erstunterzeichner (alphabetisch):

Elisabeth Abramowski, Harm Barelmann, Joachim Bauck, Lukas Baumgart, Sarah Bernhard, Mareke Bokelmann, Matthias Brandner, Joachim Brych, Anja Christinck, Mario Degelmann, Hartwig Ehlers, Lisa Ennen, Magdalene Feil, Vitus Feindt, Falko Feldmann, Franziska Fiege, Tasja Fischer, Albrecht Flake, Thomas Frangenberg, Anne Gärtner, Sabine Gehle, Hans Gerken, Christine Ghafouri, Christine Glöckle, Frank Gold, Lena Gramann, Rüdiger Grimm, Martin Grün, Marie Hahn, Thomas Helwig, Robert Hermanowski, Hans-Heiner-Heuser, Marie Kalisch, Katharina Kraiß, Elisabeth Kinkelbur, Henning Kleinfeldt, Rebecca Kleinheit, Urban Kluth, Anne Koch, Harald Kolmar, Rainer Krumwiede, Robert Laack, Stefan Lange, Ulrike Laubach, Claudia Leibrock, Agnieszka Letkowska, Sarah Liedtke, Alfons Limbrunner, Peter Linz, Lukas Loch, Katharina Lorenz, Ina Lowin, Jörg Mack, Juliane Marliani, Thomas Mauer, Bärbel McEnaney, Eva Meemken, Shadée Meidlinger, Marie-Luise Meißner, Andreas Menger, Evelyn Meyer, Rebecca Munterjohl, Anne-Marie Müller, Gerlinde Nägel, Lenka Navrátilová, Konrad Neuberger, Holger Oehmke, Anna Olschewsky, Margot Palmen-Althaus, Götz Papke, Gunda Pein, Kristina Peus, Bernard Pineau, Tanja Plümer, Frank Radu, Dirk Rodewig, Elke Schad, Holger Schenke, Jürgen Schlüter, Jörg-Simon Schmid, Stefan Scholz, Manfred Schulze, Sonja Schürger, Johanna Schüller, Christoph Schwarz, Bernhard Schwarzwald, Rüdiger Seel, Andrea Sieber, Wolfram Spinn, Tobias Stöber, Melanie Thiede, Jörg Timme-Rüffler, Karin Toma, Marcus Trost, Thomas van Elsen, Benjamin Viering, Jens Volquardsen, Rikke Volquardsen, Uwe Weimar, Kurt Wiegel, Jenny Wintzer, Hans Wydler, Katrin Zander, Katharina Zipp.

Hinweis: Zugunsten der Lesbarkeit wurde im Text ausschließlich die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen gleichermaßen gemeint und angesprochen.